

# Rundbrief der WASG Berlin

29. März 2007

## *Liebe Mitglieder, liebe Interessierte,*

aufgrund der Fortsetzung des Sozialabbaus durch den rot-roten Senat hat sich der Landesparteitag der WASG am 10. Februar 07 zur Ablehnung der Fusion und zur Gründung einer neuen Organisation in Berlin entschlossen.

Mittlerweile hat ein Bundesparteitag die Fusion zwischen WASG und Linkspartei.PDS auf Bundesebene beschlossen. Es ist daher nötig, jetzt mit dem Aufbau der neuen Organisation zu beginnen.

Der Landesvorstand lädt deshalb alle Mitglieder der WASG und Interessierte, die sich an der Gründung der neuen Organisation beteiligen möchten, zur Diskussion und Meinungsfindung über die Entwürfe von Programm und Satzung ein.

### » **Stadtweite Diskussionsveranstaltung zu Programm und Satzung**

Samstag, 14. April 07, 13 bis 18 Uhr, im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Robert-Havemann-Saal, Greifswalder Straße 4, Tramlinie M4 oder mit den Buslinien 200 und 240 bis „Am Friedrichshain“

Bei diesem Treffen soll möglichst eine Klärung über die strittigen Fragen herbei geführt werden.

### » **Gründungsversammlung der neuen Organisation**

Sonntag, 29. April 07, 10 bis 18 Uhr im Bürgersaal des Seniorenzentrums in der Stallschreiberstraße 12, U-Bhf Moritzplatz

Hier wird die neue Organisation gegründet inklusive Diskussion und Beschlussfassung zu Programm und Struktur

### » **Zu den Entwürfen:** Ihr findet auf den nächsten Seiten die Entwürfe zu Programm und Satzung.

Die Strukturkommission hat einen Entwurf für eine Satzung der neuen Organisation erarbeitet. An manchen Stellen sind dabei unterschiedliche Positionen (Mehrheits- und Minderheitsvoten) formuliert.

Die Programmkommission hat zwei Programmentwürfe veröffentlicht. Hier wird unter anderem zu klären sein, welcher der beiden Entwürfe die Grundlage der weiteren Beratung werden soll.

**Wir freuen uns auf Eure Teilnahme!**

**Mit besten Grüßen,**

**Lucy Redler für den Landesvorstand**

## **Termine**

**14. April 07: Stadtweite Diskussionsveranstaltung zu Programm und Satzung** der zukünftigen Regionalorganisation, 13 bis 18 Uhr, im Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4

**28. April 07: Auftakt des Volksbegehrens** gegen die Privatisierung der Sparkasse

**29. April 07: Gründungsversammlung** der neuen Organisation, 10 bis 18 Uhr im Bürgersaal des Seniorenzentrums in der Stallschreiberstraße 12

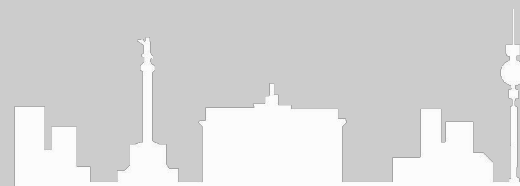
## **Inhalt**

Programmentwurf A: **Seite 2**

Programmentwurf B: **Seite 10**

Entwurf Satzung: **Seite 14**

Entwurf Finanzordnung und Beitragstabelle: **Seite 18**



# WASG

Landesverband Berlin

Infos, Kontakt & ViSdP: Redler c/o WASG  
Allerstr. 11, 12049 Berlin, 030 247 239 18

[www.WASG-Berlin.de](http://www.WASG-Berlin.de)

# Zur Arbeit der Programmkommission

Mit den hier vorliegenden Entwürfen A und B der Programmkommission wollen wir die Debatte auf Bezirks- und Landesebene zum Gründungsmanifest der Regionalorganisation beginnen, wie es der vergangene Landesparteitag der WASG Berlin beschlossen hat.

Der Programmkommission ist es nicht gelungen, sich auf einen Vorschlag zu einigen. Wir schlagen vor, auf

der von Landesvorstand einberufenen Versammlung am 14. April zu klären, was der Gründungsversammlung am 29. April zur Grundlage der Diskussion empfohlen wird. Selbstverständlich entscheidet die Gründungsversammlung der neuen Regionalorganisation abschließend und souverän auf der Grundlage der Diskussionen über alle Fragen.

## Programmmentwurf A: Gründungsmanifest der Berliner Alternative für Arbeit, Solidarität und Gegenwehr BASG

Der Entwurf A wird unterstützt von Sebastian Gerhard, Stephan Kimmerle, Michael Schilwa, Barbara Suhr-Bartsch

### *Einleitung: Berlin braucht soziale Opposition!*

*„Im Lauf der Zeit treffen die Menschen nur das, wonach sie zielen. Darum täten sie, wenn sie auch jetzt fehlschießen sollten, doch besser daran, nach etwas Hohem zu zielen.“ (Henry David Thoreau, 'Walden')*

Die im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien sind sich einig: Sozialabbau, Privatisierungen und Lohnsenkungen sollen fortgesetzt werden. Ihr Streit geht nur noch darum, wie stark und wie schnell gestrichen, gekürzt und verkauft werden soll. Ein Durchregieren dieses Programms ohne organisierte politisch-soziale Opposition hat unsere Stadt einfach nicht verdient.

Wenn wir heute damit beginnen, die BASG aufzubauen, dann wird nicht nur am Namen deutlich, dass wir in der Tradition der Berliner WASG stehen. Und es gibt Gründe, Stolz auf diese Tradition zu sein. Widerstand gegen Privatisierungen von Wohnungen, Unterstützung für kämpfende Belegschaften bei Orenstein & Koppel (CNH), Bosch-Siemens-Hausgeräte und der Charité, unser Einsatz gegen Hartz IV – mit all diesen Anstrengungen haben wir unseren Anspruch untermauert, soziale Opposition in dieser Stadt zu sein.

Unser hartnäckiger Kampf um den eigenständigen Antritt zu den Abgeordnetenhaus-Wahlen am 17. September 06 war richtig und notwendig. Ein äußerst bescheidener Wahlkampfetat wurde kompensiert durch einen engagierten, ja leidenschaftlichen Straßenwahlkampf. 2,9 Prozent, 40.000 Zweit-, 50.000 Erststimmen und 14 Bezirksverordnete sind ein achtbares Ergebnis, auch wenn das Wahlziel, der Einzug in das Abgeordnetenhaus, klar verfehlt wurde.

Dieser Wahlantritt führte auch dazu, dass das Thema der Regierungsbeteiligung einer Partei mit linkem Anspruch in den Mittelpunkt der Debatten um die Fusion zwischen WASG und Linkspartei.PDS gerückt wurde. Alles Reden vom Widerstand gegen Sozial- und Stellenabbau wurde dem Berliner Realitätstest unterzogen.

Die zahme und halbherzige Ablehnung von Regierungsbeteiligungen à la L.PDS Berlin durch WASG-Bundesparteitage, die Weigerung zum Beispiel wenigstens den Nicht-Verkauf der Berliner Sparkasse zum *tatsächlichen* Knackpunkt der Fusionsverhandlungen zu machen, zeigt die Schwächen und Defizite des Projekts WASG und der folgenden Parteineubildung zur „Linken“.

Eine programmatische Grundhaltung, die sich auf eine defensive Verteidigung sozialer Errungenschaften beschränkte, eine zu starke Fokussierung allein auf Wahlbeteiligungen, vor allem aber gravierende Defizite an innerparteilicher Demokratie haben den Niedergang der WASG beschleunigt. Deshalb kann und wird die BASG keine bloße Verlängerung der Berliner WASG sein.

Am 16. Juni hört die Bundes- (und damit auch die Berliner) WASG auf zu existieren. Es beginnt nun ein neuer Abschnitt im Kampf gegen Sozialabbau, Privatisierung und Tariffucht. Die Fortsetzung unserer sozialen Opposition in Berlin bedeutet: Wir sind offen für Neues und Neue!

---

## Keine Fusion in Berlin

---

Die Berliner WASG hat immer und immer wieder erklärt, dass sie den Kampf um den Alleintritt und ihren Wahlkampf als Bestandteil des Parteineubildungsprozesses betrachtet, als Versuch, die Koordinaten der neuen Linkspartei wenigstens etwas nach links zu verschieben. Dieser Versuch ist gescheitert: Von „Verschmelzung“ oder „Zusammenschluss auf Augenhöhe“ kann keine Rede sein, beliebig interpretierbare programmatische ‚Eckpunkte‘, der Verzicht auf jegliche Form von „roten Linien“ in der Frage der Regierungsbeteiligung – all dies kommt einer Kapitulation vor Wolf, Lederer & Co gleich.

Während die neue Linkspartei in Ostdeutschland und Berlin nicht mehr als „PDS plus“ sein wird (und auch so wahrgenommen wird), setzen in Westdeutschland viele enttäuschte Sozialdemokraten und kritische Gewerkschafter ihre Hoffnungen darauf, dass mit der fusionierten Partei nach Jahrzehnten endlich eine gesamtdeutsche, ernsthafte politische Kraft links von Sozialdemokratie und Stalinismus entsteht.

In Berlin ist eine Fusion schlicht unmöglich. Die „Kunden“ der Jobcenter (vor denen wir als einzige Partei Wahlkampf gemacht haben) würden uns zu Recht verprügeln, wenn wir nach einer Fusion mit *dieser* Berliner Linkspartei den zweifelhaften Mut hätten, dort noch einmal aufzukreuzen. Wir können uns nicht auf die Seite der Beschäftigten zum Beispiel der Berliner Charité stellen und *gleichzeitig* mit denen, die sie drangsaliieren, eine Partei bilden.

Wer wie die Berliner L.PDS in der Frage der Ladenöffnungszeiten (ohne jeden Sachzwang zur Haushaltskonsolidierung) frontal gegen Beschäftigte und Gewerkschaften agiert, um für die Dussmanns dieser Republik den Türöffner zu spielen, der macht deutlich, worum es geht: Die „Regierungsfähigkeit“ der Linkspartei 2009 – und zwar um *jeden* Preis.

Eine 20-Prozent-Partei, die bei Landtagswahlen die Hälfte ihrer Wähler verliert (ein Minus von über 180.000 Stimmen) und daraus nicht nur keinerlei politische, personelle oder sonstige Konsequenzen zieht, sondern stattdessen dem staunenden Publikum verkündet „Fortsetzung folgt“ – das hat es bisher noch nicht gegeben.

Gleichwohl sind wir uns der begrenzten Möglichkeiten

einer Regionalorganisation sehr bewusst. Weil wir nicht als folkloristischer „Berlin-Verein“ enden wollen, streben wir eine bundesweite Vernetzung mit allen an, die dem „real existierenden Kapitalismus“ *tatsächlich* etwas entgegensetzen wollen.

Dabei kann es angesichts der komplizierten Situation in der die deutsche Linke sich befindet keine einfachen Antworten geben: Wir streben eine bundesweite Vernetzung an sowohl mit den Aktivisten, die aufgrund der sich abzeichnenden Rechtsentwicklung nicht der neuen Partei angehören werden, als auch mit denjenigen, die in entschiedener und klar erkennbarer Opposition auch innerhalb der neuen Partei wirken. In der Berliner Regionalorganisation werden die Frage der weiteren bundesweiten Vernetzung und des Verhältnisses zu den bestehenden bundesweiten Vernetzungsansätzen ein zentraler Diskussionspunkt sein.

Die WASG war und die BASG wird eine Sammlungsbeziehung von unterschiedlichen Menschen, die sich aus unterschiedlichen Motiven gegen die neoliberale Offensive zur Wehr setzen wollen.

Wir verstehen uns als linke Opposition gegen alle etablierten neoliberalen Parteien. Wir erklären offen, Partei zu ergreifen, und zwar für die, die im Berliner Abgeordnetenhaus über keine Stimme verfügen: abhängig Beschäftigte, Prekarisierte und Erwerbslose.

Eine Mitverwaltung der kapitalistischen Misere lehnen wir ab. Zur Verantwortung linker Politik gehört, nicht Lösungskompetenz vorzugaukeln, wo Machtverhältnisse eine Lösung im Interesse der Masse der Bevölkerung verhindern. Dann ist Widerstand angesagt.

Eine Regierungsbeteiligung kann es nur geben, wenn Sozial- und Stellenabbau, Privatisierungen und Tariffucht ausgeschlossen statt mitverantwortet werden. Maßnahmen in Parlamenten und Verwaltungen finden nur dann unsere Zustimmung, wenn sie sich positiv für Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche, Rentner und andere von Sozialabbau Betroffene auswirken. Eine Beteiligung ist nur an Regierungen vorstellbar, die gegen die Herrschaft des Profits ankämpfen. Alles andere mildert nicht Ausbeutung und Armut, sondern macht sie erst regierbar und schwächt den Widerstand dagegen.

Wir organisieren uns in der BASG, weil wir – wie Millionen weltweit – genug haben von einer „Politik, die die Interessen von 3000 älteren weißen Geschäftsleuten Vertritt“ (Sean Penn).

## Kapitel 2: Unser Leben ist mehr wert als ihr Profit

*„Politik kann man in diesem Lande definieren als die Durchsetzung wirtschaftlicher Zwecke mit Hilfe der Gesetzgebung. Die Politik war bei uns eine Sache des Sitzfleisches, nicht des Geistes. Sie wurde in Bezirksvereinen abgehaspelt und durchgehechelt, und gegen den Arbeiter standen alle andern zusammen.“ (Kurt Tucholsky)*

Eigentlich ist doch alles ganz übersichtlich: Zuerst mal muss der Mensch essen und trinken, braucht Kleidung, Bett und Badewanne, mithin ein wärmendes Dach über ’m Kopf, um seine existenziellen Bedürfnisse zu befrie-

digen. Er muss arbeiten, heute vor allem um sein Einkommen zu sichern – aber auch um sich produktiv in der Gesellschaft einzubringen. Ist der Mensch krank, gebrechlich oder aus anderen Gründen bedürftig, hat er

Anspruch auf Hilfe und Unterstützung der anderen.

Darüber hinaus gehen die Bedürfnisse nach eigener Entwicklung und Bildung, Information und kultureller Anregung, nach sozialer Kommunikation und Auseinandersetzung, sowie nach Selbstbestätigung und kreativer Selbstverwirklichung im eigenen und gemeinsamen Handeln – sei es in der Familie, in Freund- und Partnerschaften, in Interessensgemeinschaften oder ehrenamtlichen Tätigkeiten, in Schule und Universität, in der Ausbildung und am Arbeitsplatz.

Die Erfüllung dieser Bedürfnisse, die Gewährleistung der Möglichkeit für alle Menschen, am Prozess gesellschaftlicher Entwicklung teilzunehmen jenseits der Größe des Geldbeutels, der Nationalität und des Geschlechts – dafür setzt sich die BASG ein.

Demgegenüber werden die sozialen Errungenschaften der letzten hundert Jahre von einer Politik im Auftrag der Unternehmer mehr und mehr außer Kraft gesetzt – obwohl industrielle Entwicklung und technischer Fortschritt auf den Schultern der Lohnabhängigen dazu geführt haben, dass heute immer weniger Arbeitszeit in der Produktion benötigt wird, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Die sozial gerechte Verteilung des so geschaffenen gesamtgesellschaftlichen Reichtums könnte die Teilnahme aller am Prozess gesellschaftlicher Entwicklung sicherstellen. Eine solche gerechte Verteilung dieses Reichtums ist aber nicht im Sinne von Unternehmern und ihren Politikern.

Während einerseits die ökonomisch, sozial und ökologisch zerstörerische Dynamik der herrschenden Verhältnisse immer offensichtlicher wird, ist andererseits die Ideologie von der Natürlichkeit der zugrundeliegenden Produktionsweise tief in den Köpfen verankert. Profit, Konkurrenz und Egoismus erscheinen aber nur logisch – solange wir – gemeinsam mit anderen – keine Alternativen formulieren.

---

### **Die Macht der Konzerne**

Wir leben im Kapitalismus. Das heißt heute: 500 multi-

nationale Konzerne kontrollieren den Globus. Ihre Umsatzsumme macht fast die Hälfte des Weltsozialproduktes aus. Ihr Ringen um Absatzmärkte und Rohstoffe führt zu Krisen, Umweltzerstörung und Kriegen.

Die Schere zwischen arm und reich geht auf, international und in Deutschland. Die Gewinne der deutschen Exportweltmeisterkonzerne steigen ins Unermessliche. Die 30 DAX-Konzerne schütteten 2006 an ihre Eigentümer 27 Milliarden Euro aus, so viel wie noch nie. Im gleichen Zeitraum vernichteten diese Konzerne 44.000 Arbeitsplätze.

Die Beschäftigten sollen jetzt bis 67 ausgepresst werden am unsicherer werdenden Arbeitsplatz oder in prekären Beschäftigungen mit Dumpinglöhnen. Inoffiziell 7 Millionen wird nur noch angeboten, als Arbeitslose ohne jede weitere Perspektive unterhalb der offiziellen Armutsgrenze zu leben.

500.000 Jugendliche haben keinen Ausbildungsplatz, sind Erwerbslos oder geparkt in „Qualifizierungsmaßnahmen“ und anderen Warteschleifen. Ausgebildete erhalten keinen Arbeitsplatz. Mädchen und Frauen werden weiterhin und zunehmend diskriminiert. Menschen anderer Herkunft und Kultur zusehends ausgegrenzt.

Die Macht der Konzerne bestimmt die Politik der etablierten Parteien und ihrer Vertreter. Nicht die soziale und solidarische Teilhabe aller, sondern allein die Steigerung der Profite der Konzerne zählt. Die Renditen beziehungsweise Gehälter von Aktionären und Managern sind die Maxime der herrschenden Politik. Unter dieser Maxime des größtmöglichen Gewinns sprachen sie von „blühenden Landschaften“ und größerer Effizienz, um dann Sozialabbau, Tariffucht und Ausverkauf der öffentlichen Daseinsfürsorge als politischen „Sachzwang“ zu exekutieren. Deshalb soll auch die gesetzliche Rente auf ein Existenzminimum beschränkt und die medizinische Versorgung abhängig vom persönlichen Geldbeutel gemacht werden.

## **Kapitel 3: Arme Hauptstadt eines reichen Landes**

*„Wenn das Berlin ist: Radikalismus in Militärfragen, Unbedingtheit gegen den Stahl- und Kohlen-Patriotismus; Haß gegen Verblödung durch die Pfarrer Mumm und Pfarrer Heuss; Sabotage der Vorbereitungen zum nächsten Schlachten durch Kriegsminister Geßler, Judikatur und Schule, wenn das alles ›Berlin‹ ist –: dann sind wir und unsre Freunde im ganzen Reich, in Hagen und an der Wasserkante, in der Mark und im sächsischen Industriebezirk, dann sind wir für diese Stadt, in der immerhin Bewegung ist und Kraft und pulsierendes rotes Blut. Für Berlin.“ (Kurt Tucholsky, „Berlin! Berlin!“)*

Selbstverständlich war Berlin vor 1989 ein subventionierter Standort in Ost und West: das Schaufenster des jeweiligen Weltsystems. In Ostberlin erfolgte der Abbruch rasch und heftig, die Hauptstadt der DDR wurde abgewickelt, die Industrie folgte wenige Monate später nach. Dagegen konnten sich eine Reihe von Westberliner Strukturen bis zur Jahrtausendwende halten. Nach dem Abbau der (West-)Berlin-Zuwendungen bis 1994 gab es noch eine Chance: als Brückenkopf des Westens hätte Berlin von einem Aufschwung in den neuen Ländern pro-

fitieren können. Doch dieser Aufschwung kam nie und ist auch nicht in Sicht. So hat die Subventionierung der deutschen Einheit bis zur Mitte der neunziger Jahre nur Hausbesitzern und Immobilienhainen in einem reichen Bauboom eine letzte Sumpflüte ermöglicht. Danach fehlte die finanzielle Deckung: die Beinahe-Pleite der Bankgesellschaft Berlin besiegelte Anfang 2001 das Ende. Aber die parasitären Elemente der Berliner Ökonomie sind eine Folge, nicht die Ursache der wirtschaftlichen Situation der Stadt. Eine Teilabwicklung des parasitären Finanz-Über-

baus löst die Probleme der wirtschaftlichen Basis nicht. Die Schulden des Landes von über 60 Milliarden Euro können nicht aus eigener Kraft beglichen werden.

Bei einer Bevölkerung von knapp 3,4 Millionen gab es in Berlin im Jahr 2006 ca. 1,56 Millionen Erwerbstätige – wobei die Ein-Euro-Jobber bereits mitgezählt werden. Im Februar 2007 überstieg die Zahl der Arbeitslosen dennoch 277.000. In den letzten 15 Jahren kamen und gingen verschiedene Visionen als "Ost-West-Dreh-scheibe" oder als "Wissenmetropole". Tatsächlich nahm der Anteil der Dienstleistungsbereiche – auch der höher bezahlten Finanz- und Unternehmensdienstleistungen – zu, ohne aber den Abbau der industriellen Substanz auch nur ansatzweise auffangen zu können.

Mit 9,8 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten heute im produzierenden Gewerbe Berlins weniger Menschen als im öffentlichen Dienst. Aus eigener Kraft, das heißt auf der Grundlage der existierenden produktiven Kapazitäten und im Rahmen marktwirtschaftlicher Umverteilungsprozesse, ist Berlin nicht lebensfähig und auf öffentliche Unterstützung angewiesen – das bestreitet niemand. Die Frage ist nur, in welchem Umfang und zu welchen Zwecken. Die Abwicklung des Bankenskandals und die gewährten öffentlichen Beihilfen zur Sicherung privater Kapitalanlagen sollen heute zum Einfallstor für die Privatisierung der Sparkassen gemacht werden. Die wirtschaftlichen Probleme Berlins sind kein Ergebnis der Landespolitik. Aber die verschiedenen Regierungskoalitionen sind immer wieder den Weg der Umverteilung von unten nach oben gegangen.

Soziale Opposition muß von den Realitäten ausgehen: Politisch und juristisch ist Berlin zwar Hauptstadt der gesamten Bundesrepublik, sozial und ökonomisch aber nur die Hauptstadt des Anschlussgebietes Ostdeutschland. Trotz einiger Sonderfaktoren – einige Bundesbehörden, der Tourismus – sind für die wirtschaftliche Lage seit 1990 die Deindustrialisierung und Stagnation in der Stadt und in der Region

entscheidend. Nach kurzen Illusionen im Vereinigungsboom hat auch Westberlin den Niedergang geteilt und ist heute sozial - wenn auch nicht kulturell – Teil des Ostens.

Die Haushaltssanierung ist dem rot-roten Senat zum Selbstzweck geworden. Dabei ist allen Verantwortlichen klar: Berlin kann den Schuldenberg niemals aus eigener Kraft abbauen. Aber sie streichen und privatisieren weiter – überall dort, wo sie nicht auf genügend Widerstand treffen.

**Wir wollen kein Berlin, in dem die Menschen mit staatlich gefördertem Niedriglohn statt regulären Jobs ihr Auskommen finden sollen.**

**Wir wollen kein Berlin, in dem mit dem öffentlichen Eigentum auch die Möglichkeiten der demokratischen Gestaltung der Stadt verschleudert werden.**

**Wir wollen kein Berlin, in dem Verträge mit Kapitaleignern heilig gesprochen, Tarifverträge aber gebrochen werden.**

Die BASG fordert die Aufstellung eines Haushalts für das Land Berlin gemäß den Bedürfnissen der Menschen in dieser Stadt, nicht gemäß den Verarmungsvorgaben des Bundes. Auf dieser Grundlage muss der Kampf um die dafür nötigen Gelder vom Bund und für eine Umverteilung von oben nach unten geführt werden.

Solange wir schwach bleiben – vereinzelt, alleine, unorganisiert – wird weiter gekürzt, egal wie sehr „es quietscht“ (Wowereit). Und wir werden schwach bleiben, solange wir uns gegeneinander ausspielen lassen: Beschäftigte gegen Erwerbslose, Qualifizierte gegen Ungelernte, Inländer gegen Ausländer, Ost gegen West. Solidarität ist keine Selbstverständlichkeit, im Gegenteil: Mit dem Druck von oben wächst die Konkurrenz unter den Betroffenen.

Es gibt Alternativen! Aber nur gemeinsam können wir sie umsetzen.

## **Kapitel 4: Solidarität und Gegenwehr!**

*„Unsre Herrn, wer sie auch seien, sehen unsre Zwietracht gern, denn solang sie uns entzweien, bleiben sie doch unsre Herrn.“ (Bertolt Brecht)*

Die Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland fühlt sich zu Recht nicht mehr vertreten von den etablierten Parteien und ihren Politikerinnen und Politikern. Deshalb sinkt die Beteiligung an Wahlen in diesem Lande seit Jahren. Die Einheitspolitik der neoliberalen Parteien führt zur unsozialen und unsolidarischen Verteilung des vorhandenen Reichtums ohne Rücksicht auf Verluste. Das Ergebnis wird letztendlich Zerstörung und Vernichtung aller Lebensgrundlagen sein.

Dagegen setzen wir die Kraft der Solidarität. Wir brauchen die große und kleine Solidarität der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, egal welcher Hautfarbe und Nationalität.

Inspirierend ist dabei die sogenannte „bolivarische Re-

volution“, die zur Zeit auf dem lateinamerikanischen Kontinent dazu führt, dass die sozialistische Idee neu gedacht und neu diskutiert wird. Sie ist das Ergebnis einer Bewegung und Beispiel für die Kraft, die die Solidarisierung der unterdrückten und ausgebeuteten Menschen entwickeln kann.

Erste Schritte zur Übernahme der Bodenschätze Boliviens und Venezuelas durch die Bevölkerung selbst, Übernahme von Fabriken durch die Beschäftigten, Beginn der Demokratisierung des Lebens und Arbeitens – das ermutigt den Widerstand international. Sichtbar wird: Es geht auch ganz anders – aber nicht von allein!

Ein menschenfreundliches Leben ohne Kriege und Ausbeutung, in schönen Häusern mit sinnvoller Arbeit, freier Zeit und guter, allgemein zugänglicher und kostenloser

Bildungs- und Gesundheitsversorgung wird es nicht geben, wenn wir nicht heute dafür eintreten. Wenn sich die Betroffenen, die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, die Rentner und die Jugendlichen, die Schüler und die Lehrer – wenn wir uns nicht zusammentun, unsere gemeinsamen Interessen formulieren und verteidigen, wird es nicht besser.

Wir wollen eine solidarische Interessensvertretung von Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen aufbauen. Gegen den Klassenkampf von oben ist es unser Ziel, den außerparlamentarischen Widerstand zu stärken. Dazu brauchen wir eine politische Organisation, in der die Erfahrungen ermüdender Konkurrenz und alltäglicher Ausbeutung verarbeitet werden können. Damit wollen wir der Ohnmacht der Einzelnen begegnen und Möglichkeiten öffnen für persönliche und kollektive Selbstbestimmung sowie für neue Lebensentwürfe.

---

### **Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn**

---

Die seit Jahrzehnten andauernde Massenarbeitslosigkeit ist nicht durch Niedriglohn, Sozialabbau und Wachstumsversprechen zu bekämpfen. Eine Alternative ist eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dadurch kann begonnen werden, die vorhandene Arbeit auf alle aufzuteilen. Eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit ist nötig, weil nur so das Wachstum der Produktivität für alle abhängig Beschäftigten eingesetzt werden kann.

Darüber hinaus ist ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro die Stunde nötig, weil in weiten Bereichen die tarifvertraglichen Regelungen keine Mindeststandards mehr sichern. Durch den zunehmenden Druck auf die Erwerbslosen wird die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt weiter erhöht, um einen Erdrutsch der bestehenden Löhne zu forcieren.

Wir wissen, dass die Erfahrung von Arbeitsverdichtung und Einkommenseinbußen viele Beschäftigte gegenüber Arbeitszeitverkürzungen skeptisch gemacht haben. Deshalb muss sich eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf erweiterte Rechte der Belegschaften und ihrer Vertretungen in Betriebsräten und Gewerkschaften stützen. Ohne solche Kontroll- und Einflussmöglichkeiten würden weitere Arbeitsverdichtung, Flexibilisierung und das Produktivitätswachstum jede Neuregelung verpuffen lassen: statt weniger Arbeit für alle gäbe es dann wieder immer mehr Arbeit für immer weniger.

Als Sofortmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit setzen wir uns in Berlin für ein Investitionsprogramm des Landes ein, das unmittelbar 10.000 neue Stellen vor allem im Bildungsbereich schafft.

Wir beharren auf der Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit – in Ost und West, für Frauen und Männer.

---

### **Umverteilung – von oben nach unten!**

---

Die BASG setzt sich für eine massive Umverteilung ein – endlich von den Reichen zu den Armen und nicht mehr umgekehrt! Dazu muss eine Vermögenssteuer wieder eingeführt, die Einkommen der Superreichen

überproportional besteuert, eine Börsenumsatzsteuer geschaffen und die Erbschaftssteuer reformiert werden.

Eine solche Umverteilung von oben nach unten wird auf massiven Widerstand stoßen und kann nur von einer selbstbewussten gesellschaftlichen Bewegung der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen durchgesetzt werden. Parlamentarische Initiativen zur Steuergesetzgebung reichen da nicht. Wir unterstützen daher die Positionen der Gewerkschaften in tariflichen Auseinandersetzungen, insbesondere bei der Abwehr von Arbeitszeitverlängerungen.

---

### **Weg mit Hartz IV**

---

Für uns bleibt es dabei: Hartz IV muss weg. Zwangsarbeit und Spitzelei der Arbeitsämter, Straf-Kürzungen der Arbeitslosengelder und Zwangsumzüge – all das muss abgeschafft werden.

Jede Arbeitslosenunterstützung, die diesen Namen verdient, muss über der Armutsgrenze liegen.

Die Festlegung der sogenannten „angemessenen Wohnkosten“ bedroht zehntausende Mieter in der Stadt mit dem Verlust ihrer Wohnung. Zwangsumzüge beginnen nicht erst, wenn ein Gerichtsvollzieher vor der Tür steht. Sie beginnen da, wo Menschen wegen des Drucks der Jobcenter eine neue Wohnung suchen müssen.

Wir fordern: Keine Ein-Euro-Jobs – nirgends. Durch die Schaffung von mehr als 30.000 Ein-Euro-Jobs wurden in Berlin keine neuen, „zusätzlichen“ Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, sondern reguläre Arbeitsplätze in der gleichen Größenordnung vernichtet. Während Erwerbslose mit der Drohung von Leistungskürzungen zum Lohndumping gezwungen werden, versuchen der Senat und freie Träger die Folgen der Stellenstreichungen der letzten Jahre kurzfristig zu überspielen.

Wir fordern ein Sozialticket, das diesen Namen verdient: Maximal 18 Euro, nicht mehr – so viel ist im Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger nur vorgesehen für öffentlichen Nahverkehr.

---

### **Löhne und Tarifverträge verteidigen – Arbeitsplätze erhalten**

---

Der Ausstieg Berlins aus dem Flächentarifvertrag war der Startschuß für eine Lohnsenkungsspirale, weit über den öffentlichen Dienst hinaus. Wir fordern eine Rücknahme der Kürzungen im öffentlichen Dienst und bei den Zuwendungsempfängern, zum Beispiel der freien Wohlfahrtspflege sowie die Rückkehr in den Flächentarif und ein Tarifreuegesetz in Berlin.

Wenn 2009 der jetzige Absenkungstarifvertrag für das Land Berlin ausläuft, will der SPD-L.PDS-Senat eine neue Runde der Erpressung der Gewerkschaft einleiten: Löhne *oder* Arbeitsplätze? Der Stellenabbau im öffentlichen Dienst ist ein Beitrag, die Arbeitslosigkeit weiter zu steigern, der „Stellenpool“ ein Mittel, Kollegen zu schikanieren. Die BASG setzt auf den Erhalt aller Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und die volle Einhaltung der Tarifverträge.

Gegen Verlagerungen und Arbeitsplatzvernichtung setzen wir gemeinsame Gegenwehr. Nur durch den Kampf um Arbeitsplätze können Arbeitsplätze verteidigt

werden. Die De-Industrialisierung Berlins muss gestoppt werden. Hier sehen wir das Land Berlin in der Pflicht, einen Erhalt der Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern, indem Konzerne in öffentliches Eigentum überführt werden, die mit Entlassungen oder Schließungen drohen.

Nur dann kann sicher gestellt werden, dass nicht einfach Manager in entfernten Konzernzentralen entscheiden, wie das Schicksal von Auszubildenden, Beschäftigten und ihren Familien aussieht.

---

### ***Privatisierung stoppen, Rekommunalisierung beginnen!***

---

Über Jahrzehnte ist ein öffentlicher Sektor entstanden, der wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge, etwa der Gesundheitsversorgung, der Wohnungswirtschaft und auch – mit den Sparkassen – der regionalen Kreditwirtschaft übernommen hat.

Dieser Sektor war keine Alternative zum Kapitalismus, sondern Ergänzung der privatkapitalistischen Wirtschaft. Er wurde erkämpft, auch um schlimmste Auswirkungen der privaten Konkurrenz abzumildern.

In den letzten zehn Jahren wurde in Berlin privatisiert, wofür sich Käufer fanden: Krankenhäuser, Wohnungen, Gas, Wasser, Strom. Immer wurde versprochen, dass danach alles besser und flexibler und billiger werden wird.

Das Gegenteil ist der Fall. Die Leistungen werden ebenso teurer, wie Arbeitsbedingungen für die dort Beschäftigten schlechter werden.

Wir treten dagegen dafür ein, diesen Sektor für die Mitbestimmung der Konsumenten und Beschäftigten zu öffnen: Demokratische Diskussion und Entscheidung statt privatem Profit und Bürokratie. Als ersten Schritt fordern wir den Stopp aller Privatisierungen und die Re-Kommunalisierung der Wasserbetriebe.

Die öffentliche Daseinsvorsorge, zum Beispiel Krankenhäuser, Energieversorgung, Wasser, Bildungsbereich und Gesundheitsversorgung, gehört in öffentliche Hand.

---

### ***Solidarität von unten gegen Anpassung von oben***

---

Wir wehren uns gegen alle Formen von Diskriminierung sei es auf der Grund von Geschlecht, Nationalität, Hautfarbe oder sexueller Identität.

Nach wie vor werden Frauen schlechter gestellt, schlechter bezahlt, schlechter behandelt als Männer. Der wachsenden Verkommerzialisierung aller Lebensbereiche entspricht die zunehmende Vermarktung des weiblichen Körpers als Objekt. Wo reaktionärste Ideologie von der Frau am Herd zurück gedrängt wurde, musste sie oft genug der Vorstellung der alles leistenden Mutter und Beschäftigten weichen. Prekäre Beschäftigung, Sozialabbau, Privatisierungen – in all diesen Bereichen sind besonders Frauen von den neoliberalen Angriffen betroffen.

Die BASG setzt sich für eine solidarische Gestaltung des Lebens ein: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und ein ausreichendes Angebot für alle Kinder von 0 bis 14 Jahren werden Männern und Frauen ermöglichen, Familie und Beruf zu verbinden. Kampagnen gegen häusliche Gewalt und staatliche Unterdrückung (§218)

sind nötig.

Migranten sind auch in Berlin von der sozialen Entwicklung wie von der politischen Willensbildung klar abgekoppelt. Wir setzen uns für die Abschaffung aller diskriminierenden Ausländergesetze ein. Wir fordern das volle Wahlrecht für alle dauerhaft hier lebenden Menschen.

Keinen Fußbreit den Faschisten: Angesichts einer zunehmend liberalen „Linken“ und der politischen Vereinzelung der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen gewinnen rechte, nationalistische und autoritäre Antworten auf die soziale Frage an Zustimmung. Über die Konfrontation mit den faschistischen Organisationen hinaus müssen diese sozial isoliert werden.

---

### ***Bildung und Ausbildung***

---

Das Scheitern des Drei-Gliedrigen-Schulsystems hat einen Namen: Rütli-Schule. Nicht zufällig ist bei Perspektivlosigkeit, Ausbildungsplatz- und Arbeitsplatzmangel die Hauptschule in Nord-Neukölln ins Visier der aufgescheuchte Öffentlichkeit geraten. Doch aus diesem Scheitern wird keinerlei ernsthafte Konsequenz gezogen.

Wir setzen uns für die solidarische Ganztags-Gemeinschaftsschule für alle von der ersten bis zur zehnten Klassen ein. Mit reduzierter Klassengröße muss Bildung für alle, unabhängig vom Einkommen der Eltern, zugänglich gemacht werden. Kostenlose Bildung gilt für uns von der Kinderkrippe bis zur Universität und Volkshochschule. Jegliche Form von Studiengebühren, auch in Form von Studienkonten, verschärfen die soziale Ungerechtigkeit.

Wir setzen uns für eine Ausbildungsquote von zehn Prozent bezogen auf die Beschäftigten eines Betriebes ab 20 Mitarbeitern ein. Damit kann sicher gestellt werden, dass Jugendliche arbeitsplatznah einen Beruf erlernen können.

---

### ***Internationale Solidarität statt kapitalistischer Globalisierung***

---

Berlin ist die Hauptstadt eines kriegführenden Landes. Während in fremden Ländern deutsche Soldaten für imperialistische Interessen eingesetzt werden, bereitet die Bundesregierung die Militarisierung der inneren Sicherheit vor. Wir wollen nicht darauf warten, bis nach ersten Terroranschlägen hierzulande die öffentliche Akzeptanz menschenrechtswidriger Verhörmethoden und die Hoffnung auf einen starken Staat um sich greifen.

Die von den reichen und mächtigen Nationen dominierten Institutionen wie Weltbank, IWF und G8 sind Mittel der Absprachen zur Sicherung der Vorherrschaft über die Welt. Auch die UNO wird letztlich von diesen Regierungen dominiert und kontrolliert. Auf dieser Basis ist Frieden und gegenseitige Hilfe nicht möglich. Kriege und deutsche Auslandseinsätze, auch mit Segen der UNO, lehnen wir ab. Wir fordern eine bedingungslose Schuldenstreichung gegenüber den Staaten der sogenannten 3. Welt.

Die Herrschenden Europas sind sich nicht einig: Soll die EU vor allem ein großer Binnenmarkt mit Billiglöhnen sein? Oder soll sie vor allem als Instrument gegen die

anderen internationalen Blöcke politisch weltweit in Erscheinung treten? Beide Varianten sind Ausgangspunkt neuer Konflikte und neuer Krisen.

Einig sind sich die Regierungen Europas aber im Versuch, Sozialabbau, Privatisierungen und Lohndumping mittels der EU zu erzwingen beziehungsweise sich hinter der EU zu verstecken. Das reicht bis hin zum SPD-L.PDS-Senat in Berlin, der die Privatisierung der Sparkasse erst der EU-Kommission anbietet, um dann vom Zwang aus Brüssel zu fabulieren. Ausdruck des gemeinsamen neoliberalen Projekts war auch die zurecht gescheiterte Verfassung.

Der Ausbau der Festung Europa gegen Flüchtlinge

muss gestoppt werden. Gegen die kapitalistische Globalisierung setzen wir internationale Solidarität und gemeinsamen Widerstand.

---

### **Umwelt**

---

Während die Regierungen der kapitalistischen Metropolen mit Schiffen, Flugzeugen und Panzern weltweit ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen, ziehen sie angesichts der ökologischen Probleme der Weltwirtschaft besorgte Gesichter und feilschen um die Konkurrenzbedingungen ihrer nationalen Industrien. Wir wollen verhindern, dass unter dem Druck gesellschaftlich produzierter Naturprobleme die Lebensbedingungen hier und anderswo unumkehrbar beschädigt werden.

## **Kapitel 5: Selbst aktiv werden – gemeinsam streiten**

*„Ran an das Gold vom alten Duck!“ (Panzerknacker in Walt Disneys Panzerknacker und Co, Nr. 5, Seite 15)*

Diese Ziele können nicht von irgendeiner Organisation oder Partei stellvertretend durchgesetzt werden. Sie müssen durch die Aktivitäten vieler Menschen erstritten werden. Dafür machen wir uns stark. Auch die BASG wird nicht durch die Vertretung der Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und Rentner die Verhältnisse verändern, sondern nur im gemeinsamen Kampf für gemeinsame Interessen.

Gegen die Angriffe der Unternehmer und ihren Regierungen im Bund und in Berlin ist es unser Ziel, den außerparlamentarischen Widerstand zu stärken. Dazu werden wir durch aktive Mitarbeit in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen einen Beitrag leisten. Denn nur mit Bewegung in den Betrieben und auf der Straße lassen sich die Verhältnisse verändern.

Wir bringen dabei unser Engagement, unsere Vorstellungen und unsere Ansichten in die Bewegungen mit ein und bieten allen, die diese Ideen teilen an, bei der BASG mit zu machen. Gleichzeitig setzen wir uns im Interesse der von Sozialabbau, Privatisierung und Tarifflicht Betroffenen ein für Gegenwehr, die unterschiedliche Vorstellungen, Einzelpersonen und Parteien beziehungsweise Organisationen, Methoden und Mittel verbindet.

Soziale Bewegungen sind voll von Widersprüchen. Sie leben von Auseinandersetzungen. Auch dabei wollen wir uns einbringen.

---

### **Gewerkschaften**

---

Die Gewerkschaften als wichtigste soziale Bewegung sind einerseits gefordert wie nie, gegen die Attacken auf den Lebensstandard der arbeitenden und erwerbslosen Bevölkerung sowie auf Arbeitsbedingungen und Löhne zu reagieren. Andererseits bleibt dies oft zögerlich, erleben sie Mitgliederschwund und immer wieder heftige Zerreißproben.

Die BASG steht auch hier in der Tradition der WASG Berlin, die zum Beispiel die Streiks um den Erhalt der

Arbeitsplätze bei Orenstein & Koppel (CNH) und BSH (Bosch-Siemens-Hausgeräte) unterstützte und die Charité-Beschäftigten gegen Lohnraub und Stellenabbau, für einen Tarifvertrag täglich in ihrem Arbeitskampf begleitete.

Eine Nachtschicht als Streikposten vor dem Waschmaschinenwerk in Spandau brachte neben der konkreten Hilfe für die Streikenden Diskussionen und Einblick für uns und die Kollegen bei BSH. Die Streikposten vor der Charité konnten sich darauf verlassen, von WASGLern Hilfe zu bekommen.

In dieser praktischen Unterstützung konnte sich die WASG Berlin die ersten Erfolge von Bekanntheit und Vertrauen der Betroffenen erarbeiten. Das will die BASG fortsetzen.

Doch bei all diesen betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen wird immer wieder sichtbar: Die Unternehmer haben die „Sozialpartnerschaft“ längst beerdigt und sind zu ihrer klassischen, härteren Gangart des Klassenkampfes zurück gekehrt. Teile der Gewerkschaftsspitzen versuchen dies zu ignorieren („Traditionalisten“); andere erproben sich in neuer Anbietung an den neoliberalen Kapitalismus und wollen selbst Standortsicherung betreiben („Modernisierer“). Beide Varianten tragen dazu bei, die Gewerkschaften nicht als Gegenmacht zur Verteidigung der auf Arbeit angewiesenen Bevölkerung zu nutzen. Sie machen aus diesen Organisationen der arbeitenden Bevölkerung Formationen der „Gestaltungsmacht“ inklusive Co-Management und „sozialer Abfederung“, wo nichts mehr abzufedern ist.

Ein Erfolg von zwei Jahren WASG war, auch diese Herangehensweisen innerhalb der Gewerkschaften in Frage zu stellen: Der angeblichen Alternativlosigkeit neoliberaler Angriffe wurde auch hier etwas entgegen gestellt; die Unterordnung der Gewerkschaften unter die SPD wurde herausgefordert. Auch hier gilt es, diese Arbeit fortzusetzen und Alternativen zur sozialdemokra-

tischen Version der Verzichtslöge zu verbreiten und für kämpferische und demokratische Verhältnisse einzutreten.

Das hat nichts damit zu tun, die Gewerkschaften zum Handlanger einfach einer anderen Partei zu machen, sondern ist Bestandteil des Ringens innerhalb der Einheitsgewerkschaften des DGB um politische Antworten auf die aktuellen Herausforderungen.

---

### ***Verhältnis zu sozialen Bewegungen***

Auch andere soziale Bewegungen – sei es der Widerstand gegen den Ausverkauf der Berliner Sparkasse, Mietervereinigungen, Initiativen zur Rekommunalisierung der Wasserbetriebe oder antifaschistische Initiativen – sind eigenständig und vielfältig. Wir haben dabei immer wieder ehrgeizige Ziele, unseren Beitrag zu leisten. Beim Volksbegehren gegen die Privatisierung der Sparkasse wollen wir als neue Kraft mit zahlreichen Infotischen, Veranstaltungen und Aktionen gegen den Ausverkauf in dieser Stadt Druck aufbauen. Je mehr unterschiedliche Akteure dabei Initiativen ergreifen – umso besser!

Soziale Opposition in dieser Stadt zu sein, heißt für uns: Wir wollen gerade in diesen Auseinandersetzungen den Beweis antreten, konsequente Interessensvertretung zu sein. So können wir Menschen erreichen, Vertrauen aufbauen, Mitstreiter gewinnen und deutlich machen: Wir sind politische Opposition zu allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien.

---

### ***Linke Alternative auch im Abgeordnetenhaus nötig***

Wir halten es weiterhin für nötig, dass dieser außerparlamentarische Widerstand auch eine parlamentarische Vertretung findet. Deshalb ist es unser Ziel, dass sich zu den nächsten Abgeordnetenhauswahlen eine linke Alternative zu Sozialabbau, Lohnkürzungen und Privatisierungen entwickelt, die den Einzug ins Landesparlament schaffen kann. In welcher Form eine solche Alternative in den nächsten Monaten und Jahren

in Berlin entstehen kann, wollen wir gemeinsam mit anderen, mit Gewerkschaftern und Aktiven der sozialen Bewegungen und Projekte, diskutieren und entwickeln.

Die durch die WASG erreichten Bezirksverordnetenmandate können jetzt – wie im Wahlkampf angekündigt – genutzt werden, um den Widerstand zu stärken. Die BASG wird dazu mit den Bezirksverordneten zusammenarbeiten. Unser Anspruch ist dabei, den BVVlern, wann immer nötig, gegen den Druck der parlamentarischen Logik und der sogenannten Sachzwänge mit den Anforderungen der sozialen Opposition in dieser Stadt und in jedem einzelnen Bezirk den Rücken zu stärken.

Wir sind anders als die etablierten Kräfte: Bei uns gilt jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit unserer Vertreterinnen und Vertreter auf allen Ebenen. Wir wollen keine abgehobenen Politiker, die von der Bewegung leben statt für sie. Wir setzen uns dafür ein, dass Funktionäre in der gleichen Welt leben, wie die Menschen, die sie vertreten wollen. Dazu gehört auch, Einkommen aus politischer Tätigkeit, das über ein durchschnittliches Einkommen hinausgeht, für die politische Arbeit und soziale Bewegungen zur Verfügung zu stellen.

---

### ***Lebendige Kraft***

Wir haben zu fast allem mindestens eine Meinung – und werden schon daher die Diskussionen lebendig und solidarisch weiterführen: Wie kann eine Alternative zum heutigen kapitalistischen System aussehen? Wie funktioniert sozialistische Demokratie? Wie stehen wir zum „bedingungslosen Grundeinkommen“?

In der BASG bestimmen und gestalten die Mitglieder die Politik. Die BASG ist vor Ort präsent und aktiv. Wer mit uns gemeinsam für die hier dargelegten Ziele eintreten will, ist willkommen.

Die BASG eint, dass wir unseren Beitrag dazu leisten wollen, „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.*“ (Karl Marx)

# Programmwurf B: Gründungsmanifest

Der Entwurf B wird unterstützt von Erhard Bartels und Matthias Stöhr

Viele Menschen in diesem Land fühlen sich in ihrer materiellen Existenz bedroht. Sie spüren, dass die Grundlagen unseres Sozialstaates, das heißt der sozialen Sicherung und des öffentlichen Lebens, durch die neoliberale Politik zerstört werden.

Mehrere Millionen Menschen haben keine Arbeit. Viele von ihnen haben unter den derzeitigen politischen Bedingungen keine Aussicht, je wieder einen Existenz sichernden Arbeitsplatz zu finden.

Die Massenarbeitslosigkeit geht mit Verarmung, Verschuldung und sozialer Ausgrenzung vieler Betroffener einher. Gleichzeitig wächst bei vielen abhängig Beschäftigten und Selbständigen die Angst vor dem Verlust des noch vorhandenen Arbeitsplatzes oder vor Verarmung. Die im Gefolge der Agenda 2010 eingeleiteten Veränderungen haben einen breiten Armutssektor geschaffen, zu dem bundesweit ca. 11 Millionen und in Berlin mehr als eine halbe Million Menschen gehören.

Verantwortlich für die Verarmung von Millionen Menschen ist die neoliberale Politik der regierenden Parteien. Die neoliberale Politik führt zu einer immer mehr zunehmenden Umverteilung von unten nach oben. Sie führt damit auch zur Verarmung des Staates und zum Niedergang des nicht gewinnorientierten öffentlichen Sektors wie Bildung, Gesundheitswesen und Infrastruktur.

---

## ***Wir stehen in der Tradition der WASG***

---

Die xyz ist eine Nachfolgeorganisation der WASG.

Das Gründungsprogramm und das Landeswahlprogramm Berlin der WASG haben für uns weiter Geltung. Die WASG war angetreten, den Vormarsch des Neoliberalismus in unserem Land aufzuhalten. Das Problem besteht weiter. Der neoliberale Unsinn feiert in unseren Parlamenten und in der Gesellschaft immer wieder fröhliche Urstände. Also treten wir wieder an. Wir halten an unseren Zielen fest. Wir sind die soziale Alternative.

Unser politisches Handeln orientiert sich an der Leitidee der sozialen Gerechtigkeit. Politische Entscheidungen dürfen die Zukunftsfähigkeit der Welt und des Menschen nicht gefährden. Darum ist eine Politik nötig, die Alternativen anbietet.

Demokratie und Menschenrechte für alle sind grundsätzliche Voraussetzungen für eine gerechte, menschenwürdige und friedliche Gesellschaft.

---

## ***Wir sind eine Sammlungsbewegung***

---

Genauso wie es die WASG war, ist die xyz eine Sammlungsbewegung aller vom Sozialabbau Betroffenen und Bedrohten. Sie alle arbeiten bei uns zusammen, um die neoliberale Offensive zum Umbau unserer Gesellschaft aufzuhalten und die sozialen Sicherungen zu erhalten.

Das Spektrum reicht dabei von Sozialistinnen und Sozialisten über Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bis zu sozial orientierten Christinnen und Christen.

Diese Breite der politischen Überzeugungen und Theorietraditionen, die wir vereinen, ist eine unserer wichtigsten Stärken. Uns eint die Erkenntnis, dass wir zusammen die überwältigende Mehrheit in diesem Land sind – aber eben nur gemeinsam.

---

## ***Außerparlamentarische soziale Opposition***

---

Wir wissen, dass die parlamentarische Arbeit ohne eine sie tragende außerparlamentarische Bewegung nichts erreichen kann. Die außerparlamentarische Bewegung zu stärken und zu unterstützen wird immer ein wichtiges Ziel der xyz sein. Verbesserungen für die vom Sozialabbau Betroffenen und Bedrohten sind gegen die Interessen der Mächtigen und Starken auch im Parlament nicht einfach durchzusetzen. Dazu bedarf es erheblichen Drucks von unten. Die xyz will diesen Druck fördern. Sie wird mit Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, kritischen Teilen der Kirchen und Verbände nicht nur diskutieren, sondern außerparlamentarische und parlamentarische Auseinandersetzungen in Verbindung bringen, um den sozialen Forderungen mehr Nachdruck und Durchsetzungskraft zu verschaffen.

---

## ***Soziale Alternative im Parlament***

---

Wir wissen aber genauso, dass eine effektive Interessenvertretung auch die Präsenz in parlamentarischen Gremien einschließen muss. Deshalb ist die Gründung einer Partei aus der xyz heraus binnen einer überschaubaren Frist notwendig. Die Arbeit in Parlamenten ist für uns nicht Selbstzweck, sondern Mittel der sozialen Opposition. Wir wollen damit:

- die für viele Menschen nicht durchschaubaren parlamentarischen Vorgänge verständlicher machen und in die Öffentlichkeit bringen;
- die sozialen Initiativen, Verbände und Gewerkschaften stärker an den parlamentarischen Konflikten beteiligen;
- Sprachrohr für außerparlamentarische Forderungen werden, diese Forderungen auf die parlamentarische Bühne heben und damit Öffentlichkeit für die Menschen herstellen, denen sonst nicht zugehört wird;
- Informationen, die nur im parlamentarischen Raum zu erlangen sind, für die soziale Bewegung nutzbar machen.

---

## ***Regierungsbeteiligung?***

---

Eine eventuelle Beteiligung an Regierungen kommt für uns nur in Frage, wenn dieses zu einem grundlegenden

Politikwechsel in Richtung unserer Forderungen führt. Das ist derzeit nicht möglich.

Wir werden nicht versuchen, uns als das „kleinere Übel“ anzupreisen. Besonders werden wir beachten, dass eine Regierungsbeteiligung die außerparlamentarische Opposition nicht behindern darf, sondern sie stärken muss.

---

### **Was ist Politik?**

---

Heute wird in der Politik gerne von Sachzwängen geredet, denen sich die Politikerinnen und Politiker zu beugen hätten. Da die Neoliberalen wissen, dass ihre Politik von den Menschen abgelehnt wird, versuchen sie meist gar nicht, diese Politik als wünschenswert darzustellen, sondern konzentrieren sich darauf, das Vorhandensein von Wahlmöglichkeiten zu leugnen. „Es gibt keine Alternative“ ist die Standardaussage aller Neoliberaler von Margret Thatcher bis zur Berliner Linkspartei.PDS. Diese Aussage ist falsch. Es gibt immer Alternativen. Politik ist das Aufzeigen dieser Alternativen und die Entscheidung über sie.

Wer Alternativen leugnet, lässt Politik zur bloßen Verwaltung verkommen.

---

### **Falsche Wirtschaftspolitik**

---

Die Produktivität hat in unserem Land einen Stand erreicht, der in seiner Höhe in der Geschichte einmalig ist. Diese hohe Produktivität schafft die Grundlage für einen steigenden Lebensstandard, für mehr Freizeit, eine bessere soziale Absicherung, eine bessere Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen und den Umbau der Wirtschaft in Richtung ökologische Nachhaltigkeit.

Durch die neoliberale Wirtschaftspolitik werden alle diese Möglichkeiten nicht genutzt. Stattdessen verwandelt sich diese Quelle des Wohlstands in eine Quelle des Leids. Was die Arbeit erleichtern kann, vergrößert den Stress; was die Arbeitszeit ergiebiger macht, vermehrt die Arbeitslosigkeit.

Durch den Produktivitätsfortschritt könnten wir weniger arbeiten und besser leben. In der jetzigen Situation müssen einige mehr arbeiten und andere können fast nichts konsumieren. Das ist absurd.

---

### **Richtige Wirtschaftspolitik**

---

Die Wirtschaft hat der Versorgung des Menschen zu dienen. Die Unterwerfung des Menschen unter die Interessen der „Wirtschaft“ lehnen wir ab. Die Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Produktivität muss zum Wohl aller genutzt werden. Alle Menschen haben ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand. Deshalb fordern wir eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeiten. Da die Arbeit immer weniger wird, muss sie umverteilt werden. Auch starke Verkürzungen der Arbeitszeit sind mit vollem Lohnausgleich möglich. Dadurch würden die Reallohnverluste der letzten Jahre ausgeglichen und das Nachfrageproblem unserer Wirtschaft gelindert werden.

Von der Arbeit muss der Mensch leben können.

Wir fordern für alle Beschäftigungsverhältnisse einen Mindestlohn, der sicher stellt, dass durch eine Vollzeitarbeit ein Einkommen über der Armutsgrenze erzielt

wird.

Wir brauchen mehr selbstbestimmte Arbeit.

Häufig wissen die Betroffenen am besten, wo sie ihre Arbeitskraft zum Nutzen der Gesellschaft einbringen können. Für Menschen, die nicht arbeiten können, z. B. auch weil die Gesellschaft ihnen keine Arbeit zur Verfügung stellt, brauchen wir ein repressionsfreies und existenzsicherndes Grundeinkommen.

---

### **Steuerpolitik**

---

Nachdem in der Vergangenheit Steuergeschenke an Reiche und Konzerne in Milliardenhöhe gemacht wurden, stellen dieselben Politikerinnen und Politiker in der Folge fest, dass der Staat nicht genügend Geld zur Verfügung hat, um Investitionen und soziale Errungenschaften zu finanzieren.

Ob Kindergärten, Bildung, Forschung, Feuerwehr, Gesundheitswesen oder soziale Dienste, es gibt einen riesigen Bedarf an nicht gewinnorientierten öffentlichen Dienstleistungen. Wir fordern die Steuern auf hohe Einkommen, Vermögen und für Unternehmen wieder auf ein vernünftiges Niveau anzuheben und daraus mehr öffentliche Beschäftigung zu finanzieren. Denn öffentliche Beschäftigte erzeugen öffentliche Dienstleistungen, die uns allen zu Gute kommen.

---

### **Privatisierung schadet der Bevölkerungsmehrheit**

---

Die Verarmung des Staates durch die Steuerpolitik ist durchaus gewollt, denn sie ermöglicht es, das öffentliche Eigentum unter Wert an Privatunternehmen zu verkaufen. Wir lehnen diese Politik ab, die nur wenigen Reichen nutzt und der Mehrheit der Bevölkerung schadet. Im Gegensatz zu öffentlichen Unternehmen müssen Private zusätzlich zu den Kosten noch einen Gewinn erwirtschaften.

Teilweise senken die Privaten vorerst die Preise. Dieses basiert in der Regel auf einem Zurückfahren der Erhaltungsinvestitionen, langfristig führt diese Unternehmenspolitik zu einem starken Steigen der Kosten und Preise, sobald die aufgeschobenen Investitionen nachgeholt werden müssen. Diese Erfahrung haben schon viele Länder und Gemeinden machen müssen, die bei der Privatisierung die Vorreiterrolle gespielt haben. Oft müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher aber auch gar nicht so lange warten. Sobald das Privatunternehmen seine Gewinne nicht mehr hoch genug findet, erhöht es die Preise, wie zum Beispiel die Berliner Wasserbetriebe.

Insbesondere gehört die öffentliche Daseinsvorsorge in öffentliche Hand, da alle Menschen sie zum Leben brauchen. Daher muss sicher gestellt werden, dass die Kaufkraft der Anspruchsberechtigten keine Rolle spielt. Gesundheit, Bildung und Sicherheit braucht auch, wer sie gerade nicht bezahlen kann. Dieses können und wollen private Unternehmen nicht leisten. Obendrein gibt es hier häufig natürliche Monopole, wenn bis in jeden Haushalt verzweigte Leitungsnetze geschaffen werden müssen, wie zum Beispiel bei Strom, Wasser und Telefon. Eine richtige Konkurrenz ist hier gar nicht möglich.

---

## **Ökologischer Umbau**

---

Wir brauchen einen ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft. In seiner jetzigen Form ist unser Wirtschaftssystem nicht zukunftsfähig. Das ergibt einen riesigen Bedarf an Investitionen. Diese Investitionen können nur durch die öffentliche Hand gelenkt werden. Ungesteuertes privatwirtschaftliches Wachstum führt häufig zu sozialen Verwerfungen und ökologischen Schäden, da soziale Gerechtigkeit und die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen für Privatunternehmen keine Ziele ihres Handelns sind. Das Ziel von Privatunternehmen ist das Erwirtschaften von kurzfristigen Gewinnen. Daher brauchen wir ein großes, demokratisch kontrolliertes Zukunftsinvestitionsprogramm.

---

## **Menschenrechte, Hartz IV**

---

Jeder Mensch hat ein Recht auf Ernährung, Kleidung und Wohnung. Darüber hinaus hat er ein Recht, sich in die Gesellschaft einzubringen. In unserer Gesellschaft geschieht dieses in erster Linie über die Erwerbsarbeit. Jeder Mensch hat Anspruch auf die Unterstützung der Gesellschaft, wenn er diese braucht. Jeder Mensch hat ein Recht auf seine eigene Entwicklung, auf Kultur und Bildung. Und – in einer Demokratie sehr wichtig – jeder Mensch hat ein Recht darauf, an der politischen Willensbildung teil zu nehmen. Diese Rechte des Menschen dürfen nicht von seiner Finanzkraft abhängen, er verdankt diese Rechte seinem Menschsein, sie sind nicht das Entgelt für erbrachte Leistungen. Hartz IV widerspricht diesen grundlegenden Rechten und muss deshalb abgeschafft werden.

---

## **Gleiche Rechte für alle**

---

Wir setzen uns für gleiche Rechte und Chancen aller Menschen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder nationalen Herkunft, von Geschlecht oder sexueller Orientierung ein. Alle längerfristig hier lebenden Menschen müssen gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte genießen. Wir sind für demokratische Partizipation von Migrantinnen und Migranten in jedem Lebensbereich. Wir brauchen keine Dominanzkultur, im Gegenteil wir bejahen kulturelle Vielfalt. Ein Grundpfeiler unserer Politik ist die Vision einer solidarischen Gesellschaft, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann. Frauen werden in unserer Gesellschaft auch heute noch klar benachteiligt. Durch den Druck auf dem Arbeitsmarkt, den Sozialabbau und das Wiedererstarken traditioneller Zurück-an-den-Herd-Ideologien wird diese Benachteiligung durch die neoliberale Politik wieder verstärkt. Solange die Gleichheit nicht verwirklicht ist, ergibt sich daraus eine Verpflichtung der Gesellschaft zur Förderung der Benachteiligten. So müssen z. B. Migrantinnen und Migranten bei ihren Integrationsbemühungen aktiv unterstützt werden. Genauso müssen Frauen, insbesondere auch auf dem Arbeitsmarkt, eine besondere Förderung bekommen.

---

## **Mehr Demokratie – weniger Marktmacht**

---

Alle Macht muss sich demokratischer Kontrolle beugen. Wir brauchen eine weitere Demokratisierung aller Lebensbereiche. Politische und gesellschaftliche Pro-

zesse müssen unabhängig von der Einflussnahme finanzkräftiger Interessengruppen für alle transparent gemacht werden.

Wir wollen wieder mehr Demokratie wagen. Die Möglichkeiten für direkte Demokratie, für Volksbegehren und Volksentscheide auf allen Ebenen sind zu schaffen bzw. auszuweiten. In dieser Hinsicht kann die Schweiz uns als Vorbild dienen.

Die Menschen brauchen mehr Möglichkeiten, auf die politische Entwicklung ihrer Umgebung Einfluss zu nehmen.

Wir setzen uns ein für eine Demokratisierung der Wirtschaft, den Ausbau der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften in den Unternehmen. Eine Demokratisierung der Wirtschaft ist Ziel und Bedingung für einen nachhaltigen Politikwechsel.

Eigentumsrechte müssen da ihre Grenze finden, wo sie mit Menschenrechten oder den Interessen der Gesellschaft kollidieren, wo betriebswirtschaftliches Handeln zu volkswirtschaftlichen Schäden führt.

---

## **Wir sind links!**

---

Wir sind links, denn für uns ist soziale Gerechtigkeit der wichtigste Wert. Wir sind links, denn die Gleichwertigkeit aller Menschen ist für uns nicht diskutabel. Die Ansätze der Rechten, die die Ungleichheit der Menschen behaupten und Rassismus, Nationalismus und Eliten-Bildung erzeugen, sind falsch.

Wir sind links, denn für uns ist Freiheit nicht nur die Freiheit der Zahlungskraftigen. Nicht nur die Macht des Staates kann die Freiheit der Menschen einschränken, sondern auch die Macht von Privatpersonen und privaten Unternehmen. Durch den neoliberalen Umbau der Gesellschaft wachsen die Gefahren von dieser Seite immer mehr. Inzwischen kontrollieren Private immer mehr den öffentlichen Raum, die öffentliche Meinung, Forschung und Bildung und die öffentliche Daseinsvorsorge. Die Rechte von Mieterinnen und Mietern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Verbraucherinnen und Verbrauchern werden immer mehr eingeschränkt.

Trotzdem nennen wir uns nicht die Linke oder Linkspartei, weil es neben uns noch andere linke Parteien gibt. Und das ist auch gut so. Wir sind jederzeit bereit für Bündnisse mit anderen Organisationen, die unsere Ziele teilen.

---

## **Gefahr von rechts**

---

Immer mehr Menschen finden in den etablierten Parteien keine Vertretung ihrer Interessen mehr.

Folgerichtig entziehen sie der Politik ihr Vertrauen. Die Wahlbeteiligung sinkt seit Jahren und alle großen Parteien verlieren Mitglieder. Dieses nutzen rechtsextreme Parteien und Gruppen und treten mit Aussagen zu sozialen Themen an, die sich von unseren scheinbar kaum unterscheiden.

Besonders in einigen neuen Bundesländern erringen sie damit beachtliche Wahlerfolge. Die „Lösungen“ der Neonazis sind menschenverachtend und gesellschaftszerstörend: Wer „Ausländer raus“ fordert, sät nur Hass und

Zwietracht, lässt die Ursache des Übels außer Acht. Auch wenn die Nationalistinnen und Nationalisten das nicht gerne sagen: Nationalismus ist aggressiv und führt früher oder später zu Krieg. Soziale Gerechtigkeit endet nicht an den Grenzen von Nationalstaaten.

---

### ***Auch die Linkspartei.PDS ist keine Alternative***

---

Was für eine Politik die Linkspartei.PDS jenseits aller theoretischen Aussagen macht, sehen wir in Berlin leider seit sechs Jahren. Der rot-rote Senat war häufig der Vorreiter des neoliberalen Sozialabbaus. Ob der Ausstieg aus dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes oder der Verkauf der Berliner Sparkasse, ob die Erhöhung der Kita-Gebühren oder die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit, ob die Streichungen im Kulturbereich oder die Umsetzung von Hartz IV, ob die Risikoübernahme für die Fondszeichner der Berliner Bankgesellschaft oder die Zustimmung Berlins im Bundesrat zum EU-Verfassungsentwurf – die Linkspartei.PDS hat sich stets als treuer Erfüllungsgehilfe der neoliberal dominierten SPD gezeigt. All diese Beispiele zeigen: Die Linkspartei.PDS verfolgt in der politischen Praxis ganz andere Ziele als wir.

---

### ***Und was ist mit der WASG?***

---

Seit der Bundestagswahl 2005, und vielleicht auch schon davor, wollte die Mehrheit des Bundesvorstands der WASG und der Bundestagsabgeordneten, die Mitglieder der WASG waren, den Anschluss der WASG an die PDS. Die WASG als junge Partei mit wenig gefestigten Strukturen und von oben kontrollierten Informationsflüssen hatte dem wenig entgegen zu setzen. Die überwiegend westdeutschen WASG-Mitglieder sind mit der praktischen Politik der PDS nicht vertraut. Sie bewerten diese in erster Linie nach ihren Schriftstücken. Obendrein konnte sich Oskar Lafontaine wohl nicht vorstellen, in eine Partei mit dauerhaft steigenden Mitgliederzahlen einzutreten. Durch den auf der Bundesebene beschlossenen Beitritt der WASG zur Linkspartei.PDS hört die WASG auf zu existieren. Damit wurde der neue Ansatz der WASG der Westausdehnung der PDS geopfert.

---

### ***Heißt das jetzt nicht Linke Punkt?***

---

In der „neuen“ Partei „Die Linke.“ stammt die überwältigende Mehrheit der Mitglieder aus der Linkspartei.PDS. Nachdem sich die PDS zur Bundestagswahl 2005 in Linkspartei.PDS umbenannt hatte, ändert sie jetzt wieder ihren Namen in DIE LINKE. Mit vielen schönen Worten wird die „LINKE.“ als „politische Neu-

gründung“ dargestellt, obwohl es sich um die nach Westen ausgedehnte alte PDS handelt. Es ist der WASG nicht gelungen, zu kritischen Punkten wie der Regierungsbeteiligung, der Privatisierung oder dem Abbau öffentlicher Beschäftigung belastbare Aussagen im Programm der fusionierten Partei zu verankern. Daher ist damit zu rechnen, dass auch in der „Linken.“ wieder soziale Theorie und neoliberale Praxis so weit auseinander klaffen werden wie bei keiner anderen Partei. Sie ist in mehreren Bundesländern an Regierungen beteiligt gewesen und wird 2009 die Regierungsbeteiligung im Bund anstreben, obwohl es keine möglichen Koalitionspartner für eine nicht neoliberale Politik gibt.

---

### ***Innerparteiliche Demokratie***

---

Die Erfahrung der WASG zeigt uns die Wichtigkeit innerparteilicher Demokratie. Die WASG wurde von oben nach unten aufgebaut und gesteuert.

Vor Ort entstandene demokratische Strukturen wurden beiseite geräumt, wenn sie den Absichten einiger Gründungsmitglieder widersprachen. Der Berliner Landesverband hatte darunter besonders zu leiden mit der Einsetzung eines Landeskoordinators (2005) und der widerrechtlichen Amtsenthebung des Landesvorstands (2006) durch den Bundesvorstand. Diese Defizite machten den Weg frei für die Selbstaufgabe der WASG durch die Fusion mit der Linkspartei.PDS. Auf Grund dieser Erfahrung legen wir Wert auf die Rechte der einzelnen Mitglieder. Alle Funktionsträger sind bei uns jederzeit wieder abwählbar.

---

### ***Wieder benötigt: Eine neue soziale Kraft!***

---

Unser Land braucht jetzt eine neue politische Kraft, die konsequent für die Interessen der vom Sozialabbau Betroffenen und Bedrohten eintritt.

Auch wenn wir uns zunächst nur in Berlin gründen, behalten wir die bundespolitische Entwicklung im Blick und erachten eine spätere bundesweite Ausdehnung für notwendig.

**Wir sind parteilich – auf der Seite derjenigen, die durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt sichern, auf der Seite der Schwachen, der Armen und Ausgegrenzten. Ihnen wollen wir wieder eine Stimme in Politik und Parlament verschaffen. Wir wollen bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse für die große Mehrheit der Bevölkerung. Wir erstreben eine emanzipatorische, soziale und demokratische, friedliche und ökologisch verträgliche Zukunft unserer Gesellschaft.**

# Entwurf der Strukturkommission für eine Satzung des Vereins

Markus Dahms, Michael Mäde, Gerhard Maierhöfer, Jens Neuling, Lucy Redler, Michel Tschuschke, Reiner Waldukat

Die Strukturkommission hat einen ersten Entwurf für eine Satzung der neuen Organisation erarbeitet. An manchen Stellen in solchen Kästen sind unterschiedliche Positionen (Mehrheits- und Minderheitsvoten) formuliert.

## Präambel

XYZ steht in der Tradition der WASG Berlin. Wir stehen in Opposition zu allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien und setzen uns für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der vom Sozialabbau betroffenen Menschen ein.

Wir wollen eine solidarische Interessensvertretung von lohnabhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen, RentnerInnen und aller vom Sozialabbau, Privatisierung und Lohnkürzung betroffenen aufbauen. Gegen den Klassenkampf von oben ist es unser Ziel, den außerparlamentarischen Widerstand zu stärken. Dazu werden wir durch aktive Mitarbeit in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen einen Beitrag leisten.

Ziel des Vereines ist insbesondere auch, noch im Jahre 2008 sich in eine Partei gleichen Namens umzuwandeln und den parlamentarischen Kampf gegen die neoliberale Grundausrichtung der Politik der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien zu führen. Die durch die WASG erreichten Bezirksverordnetenmandate können genutzt werden, um den Widerstand zu stärken.

*Minderheitsvotum für letzten Absatz (3 Stimmen):*

*Wir halten weiterhin für nötig, dass dieser außerparlamentarische Widerstand auch eine parlamentarische Vertretung findet. Deshalb ist es unser Ziel, dass sich zu den nächsten Abgeordnetenhauswahlen eine linke Alternative zu Sozialabbau, Lohnkürzungen und Privatisierungen entwickelt, die den Einzug ins Landesparlament schaffen kann. In welcher Form eine solche Alternative in den nächsten Monaten und Jahren in Berlin entstehen kann, wollen wir gemeinsam mit anderen, mit GewerkschafterInnen und Aktiven der sozialen Bewegungen und Projekte, diskutieren und entwickeln. Die durch die WASG erreichten Bezirksverordnetenmandate können genutzt werden, um den Widerstand zu stärken.*

Wir streben zudem eine bundesweite Vernetzung mit allen AktivistInnen an, die aufgrund der sich abzeichnenden Rechtsentwicklung nicht der neuen Partei angehören werden, beziehungsweise in entschiedener und klar erkennbarer Opposition auch innerhalb der neuen Partei zu ihrer Politik stehen.

In der Berliner Regionalorganisation werden die Frage der weiteren bundesweiten Vernetzung und des Verhältnisses zu den bestehenden bundesweiten Vernetzungsansätzen ein zentraler Diskussionspunkt sein.

Der Verein bemüht sich um die enge Zusammenarbeit bis hin zu verbindlichen Kooperationen mit anderen Strukturen mit gleichgerichteten Zielen im Bundesgebiet.

*Minderheitsvotum für letzten beiden Absätze (eine Stimme):*

*Die Angriffe des Kapitals, denen Lohnabhängige und Erwerbslose in den nächsten Jahren weiterhin ausgesetzt sein werden, sind ihrem Charakter nach zumeist überregional. Zugleich ist die neue "Linkspartei" keine geeignete Antwort auf diese Angriffe. Daher ist es für Linke und SozialistInnen unumgänglich, sich - ob in- oder außerhalb der Linkspartei - auch bundesweit zu vernetzen. Daher wird für den Verein die Frage ihrer bundesweiten Einbindung und Vernetzung ein wesentliches Anliegen sein. Der Verein bemüht sich um die enge Zusammenarbeit bis hin zu verbindlichen Kooperationen mit anderen Strukturen mit gleichgerichteten Zielen im Bundesgebiet.*

## §1 Name und Sitz

- 1) Der Verein führt den Namen „xyz“. Die Kurzform lautet „xyz“
- 2) Der Verein hat seinen Sitz in Berlin.

## §2 Zweck des Vereins

- 1) Zweck des Vereins ist die Beteiligung an der politischen Willensbildung und Gestaltung.
- 2) Der Verein soll beim Amtsgericht in Vereinsregister eingetragen werden.

### § 3 Einnahmen und Ausgaben

- 1) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- 2) Alle Einnahmen des Verein dürfen nur für satzungsmäßige Ausgaben verwendet werden. Der Verein erstrebt durch keine seiner Maßnahmen einen Gewinn. Sollte sich ein Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben ergeben, ist er allein für die satzungsmäßigen Zwecke zu verwenden
- 3) Keinesfalls dürfen Personen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder Überschussanteile oder sonstige Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins erhalten. Gleiches gilt bei Ausscheiden dieser Personen aus dem Verein oder bei seiner Auflösung.
- 4) Der Verein darf keine Personen durch Verwaltungsausgaben, die den Vereinszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergünstigungen begünstigen.
- 5) Die Aufteilung der Mitgliedsbeiträge und weitere Bestimmungen zu den Finanzen des Vereins regelt eine Finanzordnung, die von der Landesmitgliederversammlung beschlossen wird.

### § 4 Mitgliedschaft

- 1) Mitglied kann jede natürliche Person sein, die das 14. Lebensjahr vollendet hat, die Programm, Satzung und Grundsätze des Vereins anerkennt. Der Verein steht Menschen jeder Nationalität offen. Wer durch entsprechende Mitgliedschaft oder durch Wort und Tat das Gedankengut der extremen Rechten unterstützt, ist generell von der Mitgliedschaft ausgeschlossen.

alternativ entweder (3 Stimmen): Mitglieder von im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien können nicht Mitglied des Vereins werden. (wird dieser Satz abgelehnt, fällt auch der Antrag unter Absatz 2 weg)	oder (3 Stimmen): Mitglieder von im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien haben kein Stimmrecht bei einer möglichen Umwandlung des Vereins in eine Partei und bei der Frage der Wahlteilnahme.
--	---

- 2) Der Aufnahmeantrag ist schriftlich vorzulegen. Der Antrag soll mindestens den Namen, das Geburtsdatum und die Anschrift der Antragsstellerin bzw. des Antragstellers enthalten.

<i>Die AntragstellerInnen haben gegebenenfalls die Mitgliedschaft in einer der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien im Aufnahmeantrag anzuzeigen. Falsche Angaben zu diesem Punkt stellen einen Ausschlussgrund dar. (in Verbindung mit Absatz 1 erste Alternative)</i>	-
---	---

- 3) Über die Aufnahme entscheidet die Bezirksgruppe. Die Ablehnung des Aufnahmeantrags muss nicht begründet werden. Bei Einsprüchen von Vereinsmitglie-

dern gegen die Aufnahme entscheidet der Vereinsvorstand abschließend.

### §5 Beendigung der Mitgliedschaft

- 1) Die Mitglieder sind jederzeit berechtigt, aus dem Verein auszutreten. Ihre Verpflichtung zur Zahlung des Mitgliedsbeitrages (§6) bleibt vom Austritt unberührt. Die Austrittserklärung bedarf der Schriftform; sie wird mit Zugang an die Sprecher/innen der Bezirksgruppe wirksam.
- 2) Der Verein kann Mitglieder, die gröblich gegen seine Interessen verstoßen, ausschließen. Über den Ausschluss entscheidet die Bezirksgruppe. Der Ausschluss bedarf der formellen Bestätigung durch den Vereinsvorstand. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied Gelegenheit zu geben, sich persönlich vor der Bezirksgruppe oder schriftlich zu rechtfertigen. Dem Mitglied ist das Datum der Mitgliederversammlung, zu dem über den Ausschlussantrag verhandelt wird, mindestens zwei Wochen vorher mitzuteilen. Der Beschluss über den Ausschluss ist mit Gründen zu versehen und dem Mitglied mittels eingeschriebenen Briefes bekannt zu machen.
- 3) Die Mitgliedschaft erlischt, wenn das Mitglied trotz wiederholter Mahnung mit seinen Mitgliedsbeitragsteilen länger als drei Monate in Verzug ist. Zwischen der ersten und der zweiten Mahnung sollen zwei Wochen liegen. Die zweite Mahnung soll ein Hinweis auf die Säumnisfolge enthalten.
- 4) Die Mitgliedschaft erlischt ferner bei Tod des Mitgliedes.

### § 6 Rechte und Pflichten der Vereinsmitglieder

- 1) Jedes Mitglied hat das Recht
  - a) an der politischen Meinungs- und Willensbildung im Verein uneingeschränkt mitzuwirken, dass heißt an den Versammlungen der Organe und anderer Gremien des Vereins teilzunehmen und dort das Rederecht wahrzunehmen.
  - b) im Verein das aktive und passive Wahlrecht auszuüben.
  - c) für die Verbreitung seiner politischen Auffassungen die Informations- und Kommunikationsmedien des Vereins zu nutzen. Näheres regeln dazu Beschlüsse der Mitgliederversammlung auf Landes- oder Bezirksebene
  - d) auf Anhörung sowohl bei der Bezirksgruppe als auch beim Vereinsvorstand, wenn diese einen sie oder ihn betreffenden Antrag auf Ausschluss behandeln;
  - e) in Arbeits- und Interessengemeinschaften mitzuwirken und selbst welche zu initiieren und eine Anerkennung derselben auf der Landes- oder Bezirksgruppe zu beantragen.
  - f) sich mit anderen Mitgliedern zum Zwecke der gemeinsamen Einflussnahme im Rahmen der Satzung und der Grundsätze des Programms des Vereins eigenständig zu vereinigen;
- 2) Jedes Mitglied hat die Pflicht
  - a) die Grundsätze des Programms des Vereins zu vertreten und die Satzung einzuhalten;
  - b) die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse des Vereins zu respektieren und sich innerhalb und außerhalb des Vereins solidarisch und tolerant gegenüber Vereinsmitgliedern zu verhalten.

c) seinen Mitgliedsbeitrag entsprechend den Vorschriften der Finanzordnung zu entrichten.

### **§7 Mitgliedsbeiträge**

Die Höhe der Mitgliedsbeiträge regelt die Beitragstabelle, die als Bestandteil der Finanzordnung von der Landesmitgliederversammlung beschlossen wird.

### **§ 8 Organe des Vereins**

Organe des Vereins sind

- a) die Bezirksgruppen
- b) die Landesmitgliederversammlung
- c) der Vereinsvorstand

### **§9 Bezirksgruppen**

- 1) Der Verein gliedert sich in Bezirksgruppen.
- 2) Die Bezirksgruppen entsprechen in der Regel dem räumlichen Gebiet der jeweiligen Stadtbezirke.
- 3) Eine Bezirksgruppe kann gegründet werden, wenn mindestens sieben Mitglieder des Vereins im entsprechenden Bezirk wohnen.
- 4) Die Bezirksgruppe tritt mindestens einmal im Monat zusammen. Sie wählt sich Sprecherinnen und Sprecher. Die erste Bezirksgruppensitzung wird vom Vereinsvorstand einberufen.
- 5) Die Einladungsfrist für Bezirksgruppensitzungen beträgt bei Wahlen zwei Wochen. Sie entfällt jedoch, wenn keine Wahlen durchgeführt werden und es sich um einen regelmäßigen Termin handelt.
- 6) Anträge müssen bis zum Beginn der Versammlung vorliegen. Antragsberechtigt ist jedes Mitglied der Bezirksgruppe.
- 7) Die Bezirksgruppe ist beschlussfähig, wenn und solange mindestens zwei Zehntel der Bezirksmitglieder, mindestens jedoch fünf Mitglieder, anwesend sind. Ist eine einberufene Bezirksgruppe nicht beschlussfähig, so ist zur nächsten Sitzung mit derselben bzw. der restlichen Tagesordnung einzuladen. Diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig, worauf die Einladung einen Hinweis enthalten muss.

### **§10 Die Landesmitgliederversammlung**

- 1) Die Landesmitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins. An ihr können alle Mitglieder des Vereins teilnehmen.
- 2) Eine ordentliche Landesmitgliederversammlung findet mindestens zweimal jährlich statt. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

3) Antragsberechtigt sind zehn Mitglieder ...	Minderheitenvotum (3 Stimmen): ... ist jedes Mitglied ...
---	--

... des Vereins, die Bezirksgruppen und der Vereinsvorstand. Näheres regelt die Geschäftsordnung der Landesmitgliederversammlung.

- 4) Die Mitgliederversammlung ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:
  - a) Festlegung der Grundsätze der Arbeit des Vereins

- b) Festlegung der praktischen Arbeit des Vereins
  - c) Beschlussfassung über einen Haushalt für den Verein
  - d) Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Vereinsvorstandes
  - e) Entlastung des Vereinsvorstands
  - f) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vereinsvorstands
  - g) Festsetzung der Höhe des Jahresbeitrages
  - h) Beschlussfassung über Änderungen der Satzung und Auflösung des Vereins.
- 5) Außerordentliche Mitgliederversammlungen finden innerhalb von zwei Wochen statt
- a) auf Antrag des Vereinsvorstandes
  - b) auf Antrag eines Drittels der Mitglieder.

### **§11 Einberufung der Landesmitgliederversammlung**

- 1) Die Landesmitgliederversammlung ist vom Vereinsvorstand schriftlich unter Einhaltung einer Frist von drei Wochen einzuberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte, vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse gerichtet ist. Dies kann auch eine vom Mitglied beim Vorstand abgegebene eMail-Adresse sein. Wahlen und Satzungsänderungen können nur stattfinden, wenn sie in der Einladung als Tagesordnungspunkt erwähnt sind.
- 2) Die Landesmitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Viertel sämtlicher Vereinsmitglieder anwesend ist. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vereinsvorstand verpflichtet, innerhalb von vier Wochen eine weitere Mitgliederversammlung mit derselben bzw. der restlichen Tagesordnung einzuberufen; diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

### **§12 Beschlussfassung der Landesmitgliederversammlung und der Bezirksgruppen**

- 1) Abstimmungen erfolgen grundsätzlich offen; Vorstandswahlen grundsätzlich schriftlich und geheim. Abweichungen hiervon bedürfen bei Wahlen der einstimmigen Beschlussfassung.
- 2) Beschlüsse zur Satzungsänderung, Vereinsauflösung und Zweckänderung bedürfen einer 2/3-Mehrheit in der Landesmitgliederversammlung.
- 3) Beschlüsse, durch die die Auflösung des Vereins herbeigeführt werden soll, können nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte aller Mitglieder gefasst werden. Wird diese Zahl nicht erreicht, so findet eine neue Mitgliederversammlung statt. § 11 Absatz 2 gilt entsprechend.
- 4) Im Übrigen gilt die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- 5) Stimmenthaltungen bleiben außer Betracht.

### **§13 Niederschrift**

- 1) Über die Beschlüsse und Wahlen ist eine Niederschrift aufzunehmen, die von der jeweiligen Versammlungsleitung zu unterzeichnen ist.
- 2) Die Niederschrift soll folgende Feststellungen enthal-

ten:

- a) Ort und Zeit der Versammlung
  - b) den Namen der Versammlungsleiterin bzw. des Versammlungsleiters
  - c) die Zahl der erschienenen Mitglieder
  - d) die Tagesordnung
  - e) die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung, ebenso für Wahlen.
  - f) Bei Satzungsänderungen muss der genaue Wortlaut angegeben werden.
- 3) Jedes Mitglied ist befugt, die Niederschrift einzusehen.

---

#### **§14 Der Vereinsvorstand**

---

1) Dem Vereinsvorstand gehören an:

- der/ die SchatzmeisterIn
- weitere zwei geschäftsführende Vorstandsmitglieder
- und bis zu acht weitere Vorstandsmitglieder; Über die genaue Anzahl der Mitglieder im erweiterten Vereinsvorstand bestimmt die Landesmitgliederversammlung

2) Zwei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands vertreten gemeinsam den Verein nach außen gemäß § 26 Abs. 2 BGB. Ansonsten besteht der Vereinsvorstand aus gleichberechtigten Mitgliedern.

3) Frauen müssen im Vereinsvorstand gemäß ihres Anteils in der Mitgliedschaft vertreten sein.

4) Der Vereinsvorstand wird von der Landesmitgliederversammlung auf die Dauer von höchstens einem Jahr gewählt.

5) Jedes Vorstandsmitglied bleibt bis zur satzungsgemäßen Bestellung des nächsten Vorstandes bzw. eines neuen Vorstandsmitglieds im Amt. Die Wiederwahl als Vorstandsmitglied ist möglich. Wählbar sind nur Mitglieder des Vereins.

6) Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während der Amtsperiode aus, so kann eine dafür eigens einberufene Mitgliederversammlung ein anderes Vereinsmitglied als Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen wählen. Scheidet der/die SchatzmeisterIn während der Amtsperiode aus, so bestellt der Vereinsvorstand unverzüglich aus seiner Mitte eineN kommissarischeN SchatzmeisterIn.

7) Der Vereinsvorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung anderen Organen zugewiesen sind. Er hat vor allem folgende Aufgaben:

- a) Bestimmung von Art und Umfang der Tätigkeit des Vereins;
- b) die laufende Geschäftsführung - insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit der Partei
- c) Vorbereitung der Landesmitgliederversammlung; Einberu-

fung der Landesmitgliederversammlungen

- d) Ausführung der Beschlüsse der Landesmitgliederversammlungen
  - e) Anerkennung von Arbeits- und Interessensgemeinschaften der Vereins auf Landesebene
  - f) die Mitglieder über Ergebnisse der Vorstandsarbeit zu unterrichten
  - g) Stellungnahmen zu aktuellen politischen Fragen
  - h) Allgemeine organisatorische Aufgaben
  - i) Die Führung einer Mitgliederdatei in Zusammenarbeit mit den Sprecherinnen und Sprecher der Bezirksgruppen
- 8) Der Vereinsvorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder des Vorstandes anwesend ist. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen. Die Beschlüsse des Vereinsvorstandes sind in einem Protokoll festzuhalten und von der Sitzungsleiterin bzw. vom Sitzungsleiter zu unterschreiben. Die Niederschrift soll Ort und Zeit der Vorstandssitzung, die Namen der Teilnehmer, die gefassten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten.

---

#### **§15 Abwahl von FunktionsträgerInnen**

---

1) FunktionsträgerInnen, die von Organen des Vereins gewählt worden sind, können durch dasselbe Organ, das sie gewählt hat, abgewählt werden.

2) Für die Vorbereitung und Durchführung einer Abwahl gelten die gleichen Regeln, die für die Wahl in die jeweiligen Funktionen Anwendung finden.

---

#### **§16 Auflösung des Vereins und Anfallsberechtigung**

---

1) Der Verein kann nur durch die Landesmitgliederversammlung entsprechend den Bestimmungen dieser Satzung aufgelöst werden.

2) Die Liquidation erfolgt durch den Vereinsvorstand.

3) Das Vermögen des Vereins ist in diesem Fall nach Möglichkeit so zu verwenden, dass die Zielsetzungen des Vereins auf andere Weise zur Umsetzung gebracht werden können. Soweit dies nicht zu realisieren ist, fließt es an eine gemeinnützige Organisation, deren Ausrichtung ihren Zielsetzungen nahekommt. Darüber bestimmt die Landesmitgliederversammlung.

4) Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird.

---

#### **§ 17 Übergangbestimmungen**

---

Abweichend von § 14 Absatz 4 ist der erste Vereinsvorstand höchstens bis zum 31.09.2007 im Amt.

---

#### **§ 18 Inkrafttreten**

---

Die Satzung tritt mit der Abstimmung der Gründungsversammlung, auf der sie beschlossen wurde, in Kraft.

## Finanzordnung und Beitragstabelle

1) Von den Mitgliedern wird ein Beitrag erhoben, der jährlich zu entrichten ist. Die Höhe des Jahresbeitrages wird von der Landesmitgliederversammlung bestimmt.

2) Jedes Mitglied kann verlangen, den Jahresbeitrag in Teilbeträgen zahlen zu können. Mindestens 1/12 des Mitgliedsbeitrages ist monatlich voranzuzahlen.

3) Im Eintrittsjahr ist 1/12 des Jahresbeitrages für den Eintrittsmonat und 1/12 für jeden Folgemonat zu entrichten. Der Beitrag wird an den Vereinsvorstand entrichtet.

4) Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 1 Euro monatlich. Darüberhinaus gilt folgende Beitragstabelle als Orientierung:

Höhe des Einkommens in Euro	Höhe des Jahresbeitrages
Bis 750,00	24,00
Von 750,00 bis 1000,00	60,00
Ab 1000,00 bis 1500,00	1 Prozent des Nettoeinkommens
Ab 1500,00 bis 2000,00	1,5 Prozent des Nettoeinkommens
Ab 2000,00 Euro	2 Prozent des Nettoeinkommens

5) Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen bezahlen eine zusätzliche Spende in Höhe von 80,00 Euro monatlich an den Verein. Mitglieder der Bezirksverord-

netenversammlungen, die aufgrund einer Funktion eine erhöhte Aufwandsentschädigung bekommen, bezahlen eine entsprechend höhere Spende.

6) Die Mitgliedsbeiträge werden nach folgendem Schlüssel aufgeteilt:

65 Prozent erhält der Landesverband, 35 Prozent erhält die Bezirksgruppe. Falls keine Bezirksgruppe existiert, erhält der Landesverband 100 Prozent der Beiträge.

7) Der Landesverband wird für jede Bezirksgruppe eine Unterkasse errichten, die von dieser eigenständig verwaltet wird. Die Bezirksgruppe benennt eine für die Verwaltung zuständige Person. Die Bezirksgruppe ist gegenüber dem Vereinsvorstand für die ordentliche Kassenführung rechenschaftspflichtig.

8) Der Vereinsvorstand kann einer Bezirksgruppe die Verwaltung der Unterkasse entziehen, falls in erheblichem Umfang gegen die Grundsätze der ordentlichen Buchführung verstoßen wurde. In diesem Fall übernimmt der Vereinsschatzmeister die Verwaltung der Unterkasse.

9) Spenden, die für eine Bezirksgruppe getätigt werden, werden dieser zur Verfügung gestellt.

10) Die Finanzordnung und die Beitragstabelle treten mit der Beschlussfassung durch die Gründungsversammlung in Kraft. Sie können mit einer Zweidrittel Mehrheit durch die Landesmitgliederversammlung geändert werden.